

gen. Hierzu gehört auch die Etablierung der Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) in den verschiedenen Lebenswelten. Mit den DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung mit „Essen auf Rädern“ und in Senioreneinrichtungen liegen detaillierte, zielgruppengerechte Empfehlungen für ein gutes Verpflegungsangebot vor. Die Bundesregierung setzt sich für eine flächendeckende Anwendung ein.

Eine Verpflegungspauschale von 3,80 Euro/Tag für Mittagmahlzeiten außer Haus für Reha-Einrichtungen ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

121. Abgeordneter
Ali Al-Dailami
(DIE LINKE.)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus statt der für die geplante Kindergrundsicherung veranschlagten 12 Mrd. Euro jährlich wohl nur 2 Mrd. Euro zur Verfügung haben soll (www.sueddeutsche.de/politik/christian-lindner-lisa-paus-kindergrundsicherung-bundeshaushalt-1.5990555), obwohl die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock im Oktober 2022 erklärte, die Bundesregierung hätte den Export von Kampfjetmunition und -ausrüstung für Saudi-Arabien genehmigt, da die Bundesministerin Annalena Baerbock „nicht noch mehr im sozialen Bereich sparen“ wolle, und dass derartige Exporte verhindern würden, dass „Lisa [Familienministerin Lisa Paus] dann keine Mittel mehr hat für die Kinder, die sie dringend brauchen“ (www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1101235.html), und wie genau hängen Rüstungsexporte und der Sozialhaushalt diesbezüglich konkret zusammen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ekin Deligöz vom 13. Juli 2023

Die Bundesregierung hat den Entscheidungsprozess über die Ausgestaltung der Kindergrundsicherung gegenwärtig noch nicht abgeschlossen.

Das Bundeskabinett beabsichtigt, Ende August 2023 über den Gesetzentwurf und die unterschiedlichen Leistungsbestandteile der Kindergrundsicherung zu entscheiden. Für die Kindergrundsicherung wird ab dem Jahr 2025 im Einzelplan 60 Vorsorge in Höhe von 2 Mrd. Euro p. a. getroffen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 26 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5982 verwiesen.